

Schwarzarbeit und Personalnot

In der Pflege droht der Kollaps

Deutsche Haushalte beschäftigen hunderttausende Pflegekräfte illegal. Viele Altenheime suchen verzweifelt nach Personal. Experten warnen: In der Pflege droht der Kollaps.



Eine Pflegerin hält die Hand.

© dpa

Andrea K. ist zufrieden und ihre Mutter, so weit man für die demente alte Dame sprechen darf, auch. Seit drei Jahren wird die 91 Jahre alte Seniorin von zwei osteuropäischen Betreuungskräften versorgt. Zuhause im vertrauten Umfeld in Reinbek bei Hamburg. Die 27 und 51 Jahre alten Polinnen wechseln sich ab, drei Monate pflegt die eine, dann wird sie von der zweiten für die nächsten drei Monate abgelöst. „Die Frauen dürfen nur so lange am Stück in Deutschland bleiben“, erklärt dies K.. Sie wurden ihr über eine Osnabrücker Agentur vermittelt, die wiederum mit einer polnischen Agentur verhandelt sei. Diese habe einen Vertrag mit den beiden. „Alles ganz legal“, sagt sie.

Das allerdings ist die Ausnahme. Nur etwa zehn Prozent der schätzungsweise rund 600.000 ausländischen Betreuungskräfte, die in deutschen Haushalten leben, haben nach Schätzungen der Verbände für häusliche Pflege einen Vertrag und führen Sozialversicherungsbeiträge ab. Der Rest arbeitet schwarz. Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) sah in seiner Studie zu **Schwarzarbeit** aus dem Jahr 2017 die Betreuung von Senioren auf Platz drei der Schattenwirtschaft – übertroffen nur noch vom Baugewerbe und dem Handwerk.

Die Bedeutung ausländischer Betreuungskräfte in der häuslichen **Pflege** wird nach Ansicht des Bundesverbandes häusliche Seniorenbetreuung (BHSB) von der Politik totgeschwiegen. „Alle reden über die Immigration von Fachpersonal“, moniert der Vizevorsitzende Stefan Lux. „Es gibt aber einen viel höheren Bedarf an gering qualifizierten Betreuungskräften, deren legale Immigration bis heute kaum möglich ist.“ Das sei ein weiterer Motor für die grassierende Schwarzarbeit in diesem Bereich. „Viele Ukrainerinnen sind längst illegal im Land.“

Die Politik setzt nach Ansicht des Pflegeexperten und Rechtswissenschaftlers Thomas Klie aus Kostengründen in nicht verantwortlicher Weise auf diese Arbeitsverhältnisse. „Das ist eigentlich immer jenseits dessen, was rechtlich erlaubt ist. Und trotzdem kümmert sich die deutsche Politik weder auf Landes- noch auf Bundesebene in einer irgendwie ernsthaft zu nennenden Weise darum“, sagt er.

Es droht der Kollaps in der Versorgung

Dabei kommt kaum jemand an der Realität vorbei: „Es ist allen bekannt – die häusliche Versorgung wäre ohne diese Betreuung nicht zu bewerkstelligen“, sagt Michael Isfort, der am Deutschen Institut für Pflegeforschung (DIP) forscht. „Es ist ein großer Bereich geworden, der wesentlich zur Versorgung beiträgt.“ Das Thema müsse enttabuisiert werden.

Der Geschäftsführer des Verbandes für Häusliche Betreuung und Pflege (VHBP), Frederic Seeböhm, fordert ein Ende moralisierender Kritik. Gäbe es keine ausländischen Betreuungskräfte, „dann bräuchte es auf einen Schlag 250.000 bis 300.000 zusätzliche Stationäre Pflegeplätze“, sagt er. Diese Arbeitsverhältnisse seien sozusagen alternativlos. „Umso erstaunlicher, dass die Politik den Kopf in den Sand steckt, 90 Prozent Schwarzarbeit duldet und keine Rechtssicherheit herstellen will.“

Zum Vorwurf eines ausbeuterischen 24-Stunden-Dienstes zitiert Seeböhm eine nicht repräsentative Untersuchung, derzufolge die reine Arbeitszeit einer Betreuerin 6,75 Stunden

beträgt. Von einem tatsächlichen Rund-um-die-Uhr-Einsatz könne nicht gesprochen werden. Das würden die allermeisten auch gar nicht akzeptieren, sondern dann ganz schnell kündigen, sagt er. Denn Betreuungskräfte seien begehrt, „die Machtverhältnisse haben sich geändert“.

Das sieht Pflegeforscher Isfort zwar nicht ganz so: Missbrauch gebe es durchaus und es müsse sichergestellt werden, dass Betreuer - zu weit über 90 Prozent Frauen - nicht ausgenutzt würden. Umgekehrt müssten auch die alten Menschen vor Ausnutzung und Ausbeutung bewahrt werden.

Aber auch er moniert ein Wegschauen der Politik. „Man wird sich dem Thema systematisch zuwenden müssen“, sagt Isfort. Deutschland sei auf diese Betreuungskräfte in den Haushalten angewiesen; ambulante Pflegedienste könnten den Bedarf in keiner Weise auffangen. „Sie werden mit Nachfragen überrannt, die sie gar nicht mehr bedienen können.“ Es lauiere hier ein Kollaps in der Flächenversorgung.

Pflegeeinrichtungen kommen an Grenzen

Wie eine Umfrage im Auftrag der Evangelischen Bank zeigt, ist der Mangel an Fachkräften in der Pflege bedenklich hoch. Demnach haben 60 Prozent der Pflegeeinrichtungen unbesetzte Stellen für Fachkräfte. Im Mittel sind dabei sechs Arbeitsplätze frei.

In den vergangenen drei Monaten musste gut jede fünfte Pflegeeinrichtung wegen des Fachkräftemangels einen temporären Belegungsstopp verordnen, geht aus der Studie der Evangelischen Bank zudem hervor. Rund 300 Geschäftsführer und Verwaltungsleiter wurden für die Erhebung befragt. Diese vertreten zusammen mindestens 1250 der bundesweit rund 15.000 stationären Heime.

Mit höherer Bezahlung versuchen laut der Umfrage 46 Prozent der Heime, Personal zu gewinnen. Dabei fehlt es vielen an ausreichenden Finanzmitteln. Für das Erreichen der Gewinnschwelle sei im Mittel eine Auslastung von 94 Prozent nötig. „Dem Fachkräftemangel können Einrichtungen nur sehr bedingt mit höheren Gehältern entgegenwirken“, sagte das Vorstandsmitglied der Evangelischen Bank, Christian Ferchland. Hier seien politische Entscheidungen gefragt.

Bei Engpässen greifen den Umfrageergebnissen zufolge knapp 40 Prozent der Betreiber auf Leiharbeiter zurück – wenn auch nur in Einzelfällen. Pflegekräfte aus dem Ausland gehören demnach in mehr als 70 Prozent der Heime fest zur Belegschaft, vor allem aus Osteuropa.

Quelle: dpa/EPD